

Die parlamentarische Repräsentation als anspruchsvolle Regierungsform – überholt oder doch unverzichtbar für die Zukunft?

Sven T. Siefken/Alexander Kühne

Zusammenfassung

Parlamentarische Repräsentation ist stets entwicklungs- und erklärungsbedürftig. An sie richten sich mehrere Fragen: Schaffen die Parteien die Auswahl der Besten? Soll das Parlament ein Spiegelbild der Gesellschaft sein? Sind Abgeordnete abgehoben? Ist der politische Betrieb von Streit und faulen Kompromissen geprägt? In der Verbindung von Grundsatzfragen und aktuellen Erkenntnissen werden die zentralen Spannungsfelder dieser anspruchsvollen Regierungsform vorgestellt und diskutiert.

Die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik wirkt teils angestaubt und erscheint vielen als schönes aber überholtes Idealbild. Jüngst hat sogar der Bundestagspräsident den Vorschlag eingebracht, Bürgerräte einzurichten, um die parlamentarische Demokratie „zukunftsfähig“ zu machen. In solchen Verfahren, die auf kommunaler Ebene schon in den 1970er Jahren entwickelt wurden, befassen sich zufällig ausgewählte Menschen mit einem festgelegten Thema. Sie entwickeln unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten ein Votum, das dann dem Parlament zur weiteren Befassung übergeben wird. Gerade hat ein solches Gremium zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ die Arbeit abgeschlossen (Bürgerrat 2021). Benötigt die repräsentative Demokratie solche Ergänzungen?

Auch die Covid-19-Krise bietet aktuellen Anlass, über die Ergebnis-Seite repräsentativ-demokratischer Entscheidungen nachzudenken und zu klären, welche Rolle Parlamente dabei gespielt haben: Waren sie Zuschauer, Resonanzraum, Kontrolleur



PD Dr. Sven T. Siefken
Institut für Politikwissenschaft
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



Dipl.-Pol. Alexander Kühne
Zeitschrift für Parlamentsfragen
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

oder gar Antreiber der Regierung? Parlamente sind in den etablierten Demokratien die zentralen Institutionen der Volksvertretung und oftmals die einzigen, die direkt gewählt sind. Doch ihnen werden mehrere Schwächen zugeschrieben:

- ihre Zusammensetzung spiegele nicht diejenige der Bevölkerung wieder,
- sie ließen sich von der Regierung dominieren,
- Abgeordnete seien Informationen und Vorgaben Dritter weitgehend ausgeliefert,
- wirkliche Politikvermittlung würde nicht mehr durch das Parlament, sondern durch die Medien wahrgenommen,
- neue Formen der „social media“ hätten dazu geführt, dass sich die Öffentlichkeit in vielen separaten Filterblasen konstituiere, die jeweils eigene Realitäten schaffen und verstärken.

Überdies werden weitere Entwicklungen festgestellt, die zur Krisendiagnose beitragen: geschwächte Volksparteien, gestärkter Populismus und neue Protestbewegungen gelten als Anzeichen dafür, dass bisherige Formen verantwortlicher Entscheidungen durch Abgeordnete nicht mehr hinreichend leistungsfähig seien. Und der erschreckende Sturm auf den U.S.-Kongress Anfang 2021 sowie die Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude im Herbst 2020 haben gezeigt, dass in Teilen der Bevölkerung auch Respekt und Ehrfurcht vor den demokratischen Institutionen fehlen. Ist also eine Krise der repräsentativen Demokratie Deutschlands zu verzeichnen? Ist das politische System in seiner bisherigen Form überholt? Um all diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden einige zentrale Spannungsfelder dieser anspruchsvollen Regierungsform erläutert.

1. Der Repräsentationsbegriff und zentrale Spannungsfelder

Aufgabe der Politik ist es, allgemeinverbindliche Regeln herzustellen. So müssen oftmals Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden – auch und gerade dann, wenn umstritten ist, was der „richtige Weg“ ist. Manchmal wird das – wie gegenwärtig in der Corona-Krise – deutlicher als im Alltagsgeschäft. Die am politischen Prozess Beteiligten haben natürlich oft auch noch ganz andere individuelle Interessen. Nicht immer geht es (nur) um die Lösung gesellschaftlicher Probleme: Macht, Prestige, Anerkennung, Aufmerksamkeit spielen ebenfalls ihre Rollen. Ob aber die Entscheidungen gut waren, kann man erst später aus ihren Ergebnissen, Wirkungen und auch unbeabsichtigten Folgen ersehen, also an dem, was aus dem politischen Prozess herauskommt. Im besten Fall sind dies Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Respekt, Wohlstand. Allerdings ist auch der Grad der Zielerreichung oftmals politisch umstritten.

Doch in der Politik geht es nicht nur um Ergebnisse, sondern immer auch um die Akzeptanz des Prozesses. So wird in den modernen, freiheitlichen Systemen demokratische Legitimität auf mehreren Wegen hergestellt. Die Ergebnisqualität spielt dabei eine Rolle, aber auch das Verfahren der Entscheidungsfindung ist relevant: Es soll grundsätzlich offen sein, die relevanten Gedanken, Ideen und Interessen aus der Ge-